

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
27. Plenarsitzung, Donnerstag, 23. März 2017

Landeshaushaltsgesetz 2017/2018

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

23.03.2017

I. Einleitung, aktuelle politische Gesamtlage

1. Unser Anspruch an unsere Haushaltspolitik
2. Eigenes Konzept der CDU-Fraktion
3. Haushaltspolitik der Ampelregierung: Weitere Schulden – kein Konzept
 - Weitere neue Schulden trotz Rekordsteuereinnahmen
 - Investitionsquote auf niedrigem Niveau
 - FDP macht wohl NICHT den Haushalt

II. Falsche Schwerpunktsetzung der Ampelkoalition

1. Ankündigungen der FDP
2. Anträge der Ampel: „Überall etwas, aber nichts richtig“
 - Frühkindliche Bildung
 - Islamismusprävention
 - Pensionsfonds
 - Flughafen Hahn

III. Eigene Schwerpunkte

1. Sicherheit als „Innere Sicherheit“
 - a) Justiz
 - Personelle Situation ist auf Kante genäht
 - Landesregierung misst Bekämpfung der Internetkriminalität nicht genug Stellenwert bei
 - Personelle Situation im Strafvollzug
 - b) Polizei
 - mehr Personal bei der Polizei
 - Mobile Arbeitsplätze – Modernisierung des Einsatzleitsystems
2. Sicherheit als „soziale Sicherheit“
 - a) Landesprogramm starke Familien
 - b) Menschen in Grenzsituationen
 - c) Förderung Special Olympics
 - d) Solwodi
 - e) Schulungen in Pflegeeinrichtungen

3. Zuversicht

- a) Zuversicht durch gute Bildung: Wir stärken die Bildung durch unsere „Unterrichtsgarantie 100Plus“
- b) Zuversicht durch eine starke Wirtschaft
- c) Zuversicht durch eine gute Infrastruktur
- d) Zuversicht durch eine gute Integration von Flüchtlingen und eine konsequente Rückführungspolitik
- e) Zuversicht durch Investitionen in den ländlichen Raum: Stärkung der Kommunen

IV. Schluss

I. Einleitung

Sehr geehrte Steuerzahlerinnen und **Steuerzahler!**

Bei Haushaltsberatungen geht es nicht um nüchterne Zahlen. Sondern um politische **Grundscheidungen**:

- Welche **Schwerpunkte** wir setzen und warum.
- Wie unser Land in eine sichere Zukunft geführt werden soll.
- Ob wir neue **Ordnungsvorstellungen** brauchen.
- Ob wir das **Richtige** tun.
- Ob wir sorgsam wirtschaften und haushalten mit dem uns **anvertrauten Geld**.

Den Haushalt schultern nicht wir Politiker, sondern eine Vielzahl von Bürgern! Die jetzigen – und die künftigen. Mit ihrem Steuergeld.

Deshalb geht es in einem Haushalt neben Zahlen und Summen, immer auch

- um Maß und Mitte,
- um **gesunden Menschenverstand**,
- und um Verlässlichkeit.

Es geht um eine Haushaltspolitik, die das **Vertrauen der Bürger** verdient!

1. Das Wichtige richtig machen - Schwerpunktsetzung statt Gießkanne

Anrede, wir alle sind im Land unterwegs. In vielen Gesprächen erfahren wir, wie **Bürger unsicher** sind, ob es ihnen und ihren Kindern morgen gut gehen wird. Wir hören den Wunsch nach **verlässlichen Lebensverhältnissen** und Bewahrung der eigenen Heimat - gerade in Zeiten des **rasanten Umbruchs**.

Meine CDU-Fraktion hat einen klaren Kurs - auch bei den Haushaltsberatungen:

- 1) Wir setzen den Schwerpunkt der Ausgaben auf „**Sicherheit und Zuversicht**“.
- 2) Wir achten mit unseren Anträgen auf Menschen in **Grenzsituationen**.
- 3) Wir ermöglichen mit unseren Investitionen **Innovation und Modernität**.

Das ist unser **Maßstab**, den wir angelegt haben. Das Wichtige richtig machen **statt** alles nur halbherzig. Schwerpunktsetzung **statt** Gießkanne.

2. Eigenes Konzept der CDU-Fraktion

Wir haben uns als größte Oppositionsfraktion intensiv und tatkräftig mit den verschiedenen Einzelplänen auseinandergesetzt. Wir haben

- ausführliche **Gespräche** mit Verbänden und Gewerkschaften geführt,
- die Haushaltspositionen und deren tatsächlichen **Mittelabfluss** überprüft
- und die Landesregierung in den Ausschusssitzungen zu ihrem Haushaltsentwurf detailliert **befragt**.
- Wir haben schließlich ein eigenes Konzept für einen ausgeglichenen und ausgewogenen Haushalt erstellt -
- und dazu **123 Änderungsanträge eingebracht**,
- um „Sicherheit und Zuversicht“ in Rheinland-Pfalz zu stärken.
- **Sicherheit** im Sinne der Inneren Sicherheit
 - ❖ durch eine konsequente Stärkung von **Polizei** und **Justiz**,
 - ❖ durch eine koordinierte **Islamismusprävention**,
 - ❖ durch ein entschiedenes Vorgehen gegen **Wohnungseinbrüche**.
- **Sicherheit** auch im Sinne der Sozialen Sicherheit
 - ❖ durch Unterstützung von Menschen in **Grenzsituationen**,
 - ❖ durch Stärkung unserer **Familien** mit einem eigenen Landesprogramm.

Und Zuversicht:

- **Zuversicht** durch qualitative **Bildung** für unsere Kinder mit einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung,
- **Zuversicht** durch mehr **Mittel für unsere Dörfer und Städte**, damit wir auch den ländlichen Raum lebenswert weiterentwickeln können,
- **Zuversicht** durch eine moderne **Infrastruktur**, mehr Mittel für die Straßen.

3. Haushaltspolitik der Ampelregierung: "Überall ein bisschen, nichts richtig"

Ihr Haushalt, meine Damen und Herren von SPD, FDP und Grünen, steht hingegen unter dem Motto „**Überall ein bisschen, aber nichts richtig**“:

- keine klare politische Linie,
- keine Vision für unser Land
- und wieder **neue Schulden** für unsere Bürger. Trotz Rekordsteuereinnahmen.
- Wer weiter Schulden bei Rekordeinnahmen macht, ist **bequem**.
- Das zahlen nicht wir, sondern unsere **Kinder** und Kindeskinde.

a) Weitere neue Schulden trotz Rekordsteuereinnahmen

Anrede,

- solide Finanzen mit **schuldenfreien** Haushalten – diese Anstrengung sind wir den Bürgern schuldig.
- Sie haben ein Recht darauf, nicht mehr als notwendig von ihrem verdienten Geld abgeben zu müssen.
- Unser Mandat verlangt von uns **verantwortliches Handeln**, weil es Auswirkungen auf morgen haben wird.

Es geht immer auch um den künftigen **Gestaltungs- und Handlungsspielraum**.

Das gilt für den Staat genauso wie für jeden **privaten Haushalt**: Wer Schulden macht, muss über Jahre **Zins und Tilgung** zahlen und dafür auf vieles andere verzichten. Wer zu viel **Schulden** macht, arbeitet mehr für die Bank als für die Menschen.

Es gibt ein altes **Sprichwort**, das die meisten von uns von ihren Großeltern kennen. Mag es auch altbacken klingen, richtig bleibt es trotzdem: „*Was Du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen.*“

- Wenn wir also schon heute ohne neue **Schulden** auskommen könnten: Welchen vernünftigen Grund kann es dann noch geben, trotzdem welche zu machen?

- Wenn wir schon heute mit einem Haushalt ohne Schulden wirtschaften könnten: Warum nehmen Sie dann dennoch Geld auf, das unsere Kinder und Enkel morgen mit **Zins** und Zinseszins zurückzahlen müssen?
- Wenn wir uns das, was wir zwingend brauchen, schon heute aus dem leisten können, was da ist: Warum packen Sie den künftigen Generationen dann unnötige Lasten auf den **Buckel**?

*Was Du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen: **Getreu diesem Motto werden neun Bundesländer in diesem Jahr planmäßig keine neuen Schulden mehr machen***¹. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat es hingegen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen nicht geschafft, einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen.

Haben Sie denn **gar keine Ambitionen**, endlich damit aufzuhören, unser Land auf Kosten der Jüngeren zu verschulden? Wir halten das für verantwortungslos!

Ihr Schuldenberg: auf Rekordhoch! Laut Landesrechnungshof ist 2015

- 1) die **Gesamtverschuldung** in Rheinland-Pfalz auf ihren bisher höchsten Stand **angestiegen: auf 38,1 Mrd. €**,
- 2) die **Pro-Kopf-Verschuldung** des Landes übersteigt den Durchschnitt aller Flächenländer - um fast 41 % über dem Durchschnitt!²
- 3) die **Zinsausgaben** des Landes lagen auch über dem Durchschnittswert aller Flächenländer - um mehr als 29 % über dem Durchschnitt.³

Wenn Sie wenigstens den Durchschnitt erreicht hätten, aber Sie sind noch hemmungsloser. Das ist das Gegenteil von Maß und Mitte.

¹http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderhaushalte/2016/2016.html

² Im Durchschnitt liegt sie bei 5.671 €, in Rheinland-Pfalz sind es 7.971 €.

³ Im Schnitt sind es 157 € je Einwohner, in Rheinland-Pfalz 204 € je Einwohner. Die Gesamtverschuldung des Landes erhöhte sich von 2006 bis 2015 um 11,5 Mrd. €. In diesem Zeitraum wurden somit fast 1/3 aller bisherigen Schulden des Landes aufgenommen, vgl. Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofes, S. 48, 56 ff.

b) Investitionsquote auf niedrigem Niveau

Rekordausgaben - wenn Sie wenigstens noch ordentlich investieren würden.

Denn eine hohe Investitionsquote ist die Voraussetzung für das langfristige Wachstum unserer Wirtschaft. Die **Grundlage** für anhaltenden Wohlstand. Sie geben zwar viel Geld aus, aber Sie **investieren es nicht**.

Im Jahr 2015 lag die Investitionsquote bei gerade mal **6 %**. Damit wurde der Durchschnittswert der anderen Flächenländer von rund 10 % von Rheinland-Pfalz um **fast 4 % unterschritten!**⁴ **Und leider bleibt das auch so.**⁵ **Nachhaltige Investitionen in die Zukunft sehen anders aus!**

c) FDP macht wohl NICHT den Haushalt

Zu hohe Schulden trotz Rekordsteuereinnahmen – Investitionsquote auf niedrigem Niveau: Man dachte, das passiert nicht mehr, wenn die **FDP** mit am Kabinetttisch sitzt.

Gerade die FDP hatte sich vor der Wahl auf die Fahnen geschrieben, den Haushalt zu machen. Gerade sie hatte eine Neuverschuldung abgelehnt. Was ist aus diesem **Versprechen** geworden?

Nachdem wir unsere Haushaltsanträge vorgelegt und vorgerechnet haben, wie wir schon im Jahr 2018 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen können, da kommentierte der FDP-Fraktionsvorsitzende: **Dies sei „unseriös“**⁶. Sie nennen einen Haushalt ohne neue Schulden unseriös. Von SPD und Grünen habe ich ja dazu nichts anderes erwartet - aber von der FDP?

⁴ Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofes, S. 41f.

⁵ Im kommenden Doppelhaushalt beträgt die Investitionsquote nur 6,6 % in 2017 und 6,4 % in 2018.

⁶ PM FDP-Landtagsfraktion vom 21.2.2017

II. Falsche Schwerpunktsetzung der Ampelkoalition

1. Ankündigungen der FDP

Anrede, wenn sie wenigstens noch dort investieren würde, wo sie es ihren Wählern versprochen hat. Aber noch nicht einmal das tut sie!

Einige Beispiele:

Vor der Wahl forderte die FDP: Die **Polizei** braucht 1000 Stellen mehr. So stand es in Ihrem Wahlprogramm.⁷ Nach der Wahl setzen Sie das aber nicht durch.

Vor der Wahl forderte die FDP: Die **Energieagentur** wird abgeschafft, weil sie überflüssig ist⁸. Nach der Wahl: Die Energieagentur bleibt. Und sie kostet uns weiterhin jährlich knapp vier Millionen Euro – für Beratungen, die Private besser machen.

Was ist mit Ihren Forderungen zum Thema **Straßenbau** geworden? Zitat aus Ihrem Wahlprogramm: „Rot-Grün hat in Rheinland-Pfalz durch massive Kürzungen im Straßenbau die infrastrukturellen Grundlagen und damit ein Stück Zukunft der jungen Generation insbesondere auch im ländlichen Raum aufs Spiel gesetzt.“⁹

Stimmt, Herr Kollege Wissing. Sie haben Rot-Grün vorgeworfen, durch die wenigen Mittel für den Straßenbau die Zukunft der jungen Generation aufs Spiel zu setzen. Ich zitiere weiter: „Dies ist nur durch eine Investitionsoffensive im Landesstraßenbau zu kompensieren. Die FDP fordert deshalb: Aufstockung der Mittel für den Erhalt des Landstraßennetzes auf 100 Mio. jährlich.“¹⁰

Und jetzt? Sie stellen lediglich 88 Mio. Euro an Erhaltungsmitteln zur Verfügung, nicht die versprochenen 100 Millionen. 88 Millionen Euro: Damit wird **noch nicht einmal der weitere Substanzverlust gestoppt**.¹¹

⁷ Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2016, S. 52.

⁸ PM FDP RLP vom 27.7.2015

⁹ Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2016, S. 26.

¹⁰ Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2016, S. 26.

¹¹ Die reinen Erhaltungskosten belaufen sich laut Landesrechnungshof auf 89 Mio. Euro, vgl. Pressemitteilung des Landesrechnungshofes v. 25.8.2015, abrufbar unter <http://www.rechnungshof-rlp.de/icc/internet/med/ec3/ec330e14-fe67-5f41-b4e0-2f23040d17ef,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf>

Anrede, unsere Unterstützung hätten Sie für Ihre Wahlversprechen gehabt.

2. Anträge der Ampel: „Überall etwas, aber nichts richtig“

Anrede, schaut man sich den Haushaltsentwurf der Landesregierung und die Änderungsanträge der Ampelkoalition an, dann wird schnell deutlich: Sie verfahren nach dem Motto „**Überall etwas, aber nichts richtig**“. Dies wird an wichtigen Stellen im Haushalt deutlich:

a) Frühkindliche Bildung

Zum Beispiel im Bereich der frühkindlichen Bildung. Liebe Kollegen von der FDP, noch ein letztes Beispiel, dann lasse ich Sie auch mit der Vergangenheit in Ruhe.

Im Bereich der **frühkindlichen Bildung** hatten Sie vor und nach der Wahl angekündigt, die Qualität der Kindertagesstätten zu verbessern. Das sollte insbesondere durch eine deutliche Verbesserung der **musischen** Bildung erreicht werden. Im Koalitionsvertrag haben Sie diesem Thema eine halbe Seite gewidmet.

Da dachte man: Mensch, das wird wohl ein Schwerpunkt im Haushalt. Doch was wie ein Sinfonieorchester angekündigt war, endet als **Blockflötenspiel**.

Für alle 2.500 Kindertagesstätten mit mehr als 100.000 Kindern sehen Sie gerade einmal **100.000 Euro** vor. Das sind umgerechnet ein Euro pro Kind. Davon sollen Erzieher sich fortbilden. Das ist Ihre musische Bildung für 100.000 Kinder. Da hatten sich viele etwas anderes drunter vorgestellt.

b) Islamismusprävention

Herr Minister Lewentz und Frau Ministerin Spiegel, ein weiteres wichtiges Thema, das Sie nicht richtig angehen wollen, ist die **Islamismusprävention**. Die **Anhänger** des extremistischen Salafismus werden aggressiver und gefährlicher. Auch in Rheinland-Pfalz steigt die Zahl der Salafisten seit Jahren an. Islamistische und salafistische Strömungen treten bewusst **missiona-**

risch werbend auf. Sie präsentieren sich als Jugendkultur, die sich von der Mehrheitsgesellschaft bewusst abgrenzt. Und sie grenzen sich bewusst von den Migranten ab, die sich in unsere Gesellschaft einbringen wollen.

Schüler geraten in den Fokus der Islamisten. Oft sehen die Verantwortlichen die Gefahren zu spät. Anders ist es nicht zu erklären, dass ein **13Jähriger aus Ludwigshafen** unbemerkt zum Terroristen werden konnte, obwohl er bereits auffällig war. Wir brauchen dringend eine funktionierende **Islamismusprävention**.

Wir müssen bundesländerübergreifend arbeiten, Expertise wertschätzen und auf erfolgreiche Konzepte anderer Bundesländer zurückgreifen. Frau Spiegel, schauen Sie über den Rhein, nach Hessen - dort gibt es ein **Präventionsnetzwerk**. Es könnte Vorbild für Rheinland-Pfalz sein.

Wir brauchen **niedrigschwellige** Ansprechpartner für die Schulen, an die sich Lehrer, Schüler und Eltern wenden können, ohne dass sie gleich die Polizei rufen müssen, wenn sie eine auffällige Entwicklung bei Schülern wahrnehmen.

Diese Probleme sind der Landesregierung bekannt. Dennoch nimmt sie nur **100.000 Euro** pro Jahr in die Hand zur Islamismusprävention. Das ist lächerlich wenig - für die Beraterkosten am Hahn haben Sie dagegen über zehn Millionen Euro übrig.

Die Regierungsfaktionen haben den Haushaltsansatz für Islamismusprävention nun auch noch **umbenannt**. Er heißt jetzt „**Extremismusprävention**“. Fraglich, ob das Geld überhaupt für Islamismusprävention ausgegeben wird, in welcher Höhe. Die Mittel können jetzt beliebig auch für andere Zwecke eingesetzt werden.

Unser Ansatz ist ein anderer: Wir sehen eine **Verdreifachung** der Mittel und eine Beibehaltung des Haushaltstitels allein für Islamismusprävention vor.

c) Pensionsfonds

Anrede, und in den Bereichen, in denen Sie vordergründig Geld investieren, arbeiten Sie auch noch mit **Tricks**. Aber nicht, um tatsächlich zu investieren. Sondern, um die Staatsverschuldung noch weiter in die Höhe schießen zu lassen.

Stichwort: **Pensionsfonds**. Der Verfassungsgerichtshof hat ja bestätigt: Es ist verfassungswidrig, die Zuführungen an den so genannten Pensionsfonds als Darlehen und somit als „Investitionen“ zu deklarieren. Die Folgen aus dem Urteil **müssen in diesem Doppelhaushalt umgesetzt werden**. Die von der Landesregierung für die Regierungsfractionen vorformulierten Änderungsanträge weisen aber in eine andere Richtung.

Sie haben lediglich die Zuführungen zum Pensionsfonds von den Investitionen in die Zuschüsse umgebucht. Ein klarer Schnitt ist das noch nicht. Das Verfassungsgericht hat Ihnen aufgetragen, den Pensionsfonds **entweder ganz abzuschaffen oder zumindest in großen Teilen rückabzuwickeln**. Wir sagen: **Beenden Sie den Pensionsfonds!**

d) Flughafen Hahn

Sorgen machen uns auch die Entwicklungen am Flughafen Hahn. **Beraterfirmen** verdienen bei Ihnen zig Millionen Euro:

- rund 7 Millionen Euro für **KPMG**
- und jetzt, im kommenden Haushalt, sehen Sie **weitere Millionen** Euro an Beraterkosten für die Jahre 2017 und 2018 vor.
- Insgesamt benötigt Herr Lewentz im Jahr 2017 **3,7 Mio. €** nur für Berater.
- Und für das Jahr 2018 weitere **1,1 Mio. €**.
- Insgesamt sind das zusätzlich fast **5 Millionen Euro**¹².
- Unter dem Strich haben Sie damit bislang rund **12 Millionen Euro** nur für Berater und Notar- und Gerichtskosten ausgegeben. Für einen **Kaufpreis** von 15 Millionen Euro, von denen dem Land auch nur zehn Millionen überwiesen werden.
- Kurzum: Die Beraterkosten sind höher als der Erlös. Ganz abgesehen von den bis zu **100 Millionen Euro**, die Sie noch dazu geben. Ein **Zuschussgeschäft**.
- Wie lange wollen Sie diesem Treiben noch zusehen, Frau Ministerpräsidentin?

¹² Zahlen vgl. im Einzelnen Protokoll der 13. Sitzung des Innenausschusses am 2.3.2017, S.

Aber den Flughafen haben Sie immer noch nicht mit positiven Zukunftsaussichten verkauft. Eine **traurige Bilanz**, auch für die Menschen in der Region. Die Sicherheit, dass auch morgen und übermorgen der Flughafen fliegt, die ist in Ihrem **Gesetz** nicht enthalten. Wo ist die vertraglich gesicherte Zukunft des Flughafens? Wo ist die Sicherheit für die **Arbeitsplätze**? Sie wollen den Flughafen einfach nur noch loswerden.

Wir als CDU-Landtagsfraktion stehen einer **Privatisierung** des Flughafens offen gegenüber. Die Landesregierung verlangt von uns, dass wir dafür viele Millionen Euro an Haushaltsmitteln bereitstellen. Wie beim gescheiterten Verkauf des Flughafens im vergangenen Jahr informieren Sie das Parlament wieder nur **scheibchenweise**:

- Den **Kaufvertrag** haben wir auch dieses Mal zunächst ohne die zahlreichen Anlagen erhalten. Wir mussten sie wiederum erst anmahnen.
- Der **Businessplan**: Er wurde uns erst zur Verfügung gestellt, nachdem wir ihn angefordert hatten. Und auch daran mussten wir noch einmal erinnern.
- Wir können unsere Zustimmung zu einem Verkauf natürlich nur dann erteilen, wenn wir den Eindruck haben, dass ein **tragfähiges, nachhaltiges Konzept vorliegt**. Ein Konzept, das die Arbeitsplätze auf dem Flughafen sichert. Doch zur Zeit ist nur eines sicher: die **Unsicherheit!**
- Warum steigt Ihr ehemaliger Wirtschaftsstaatssekretär und SPD-Parteifreund **Englert**, der das China-Geschäft eingefädelt hatte, mitten im Verfahren aus?

III. Eigene Schwerpunkte

Anrede, wir wollen mit unseren Änderungsanträgen deutlich machen, dass bei uns das Thema „**Sicherheit**“ in der aktuellen Lage einen besonderen Stellenwert hat.

Ich weiß, dass die regierungstragenden Fraktionen uns gleich wieder vorhalten werden, dass unsere Anträge unrealistisch seien und unsere Forderungen nicht umsetzbar. Dieses Ritual kennen wir von jeder Haushaltsberatung. Seltsam ist nur, dass Sie unsere Forderungen **immer erst ablehnen, und dann nach einer gewissen Schamfrist später doch übernehmen und als eigene Idee verkaufen.**

Nur einige Beispiele:

- **Personalaufstockungen in der Justiz:** Seit Jahren heißt es: Das sei nicht nötig. So falsch können wir ja nicht gelegen haben. Jetzt hat die Ampel einen Antrag eingebracht, der sich unseren Forderungen annähert.
- **Bodycams** bei der Polizei: Erst jahrelang abgelehnt, bis es nicht mehr zu verantworten und der Druck zu groß war, und nun eingeführt.
- **Verzicht auf die Projekt- und Entwicklungsgesellschaft.** Zuerst von Ihnen abgelehnt, dann später im Doppelhaushalt 2014/2015 übernommen.
- Kürzung der Mittel für die Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (**AQS**). Zuerst von Ihnen abgelehnt, dann später im Doppelhaushalt 2014/2015 übernommen.

Anrede, wir sollten um der Sache willen Politik machen. Wir Christdemokraten werden deshalb einigen Vorschlägen der Regierungsfractionen **zustimmen**, die wir für richtig halten. Ich bin gespannt, ob die regierungstragenden Fraktionen sich in diesem Jahr dazu durchringen können, auch unseren Vorschlägen zuzustimmen.

1. Sicherheit als „Innere Sicherheit“

Anrede, unser erster **Schwerpunkt** ist das Thema Sicherheit. Eine steigende Zahl an Wohnungseinbrüchen, **Internetkriminalität**, der islamistische Terrorismus, aber auch die Überlastung unserer **Justiz** und unserer Polizei führen zu **Verunsicherungen** in unserer Bevölkerung.

Dabei ist es eine Hauptaufgabe des Landes, für die Sicherheit der Bürger Sorge zu tragen. Rheinland-Pfalz hat deutlichen **Nachholbedarf**.

Es gibt Anlass zur Sorge, dass die Nachfrage nach kleinen **Waffenscheinen** in Rheinland-Pfalz stark gestiegen ist! Innerhalb eines Jahres von 15.000 auf 24.000¹³. Das ist Sorge der Bürger, dass ihr eigener Staat sie nicht genug schützen kann.

¹³ dpa v. 21.3.2017

Zwischen der Arbeit unserer Polizei und unserer Justiz besteht ein untrennbarer Zusammenhang. Die Polizei kann noch so gut arbeiten, noch so viele Verbrechen aufdecken: Wenn die Justiz nicht in der Lage ist, **Strafverfahren** in einem angemessenen Zeitraum durchzuführen, bringt die Arbeit der Polizei nicht viel.

Wie **frustrierend** muss es für die Polizei sein, wenn nach einer mühsamen, zeitaufwendigen Ermittlung erst der Täter festgenommen werden konnte. Er aber dann wieder aus der **Untersuchungshaft** freigelassen werden muss, weil ihm wegen Personalmangels nicht fristgerecht der Prozess gemacht werden kann! Wie am Landgericht Koblenz mit zwei mutmaßlichen **Drogendealern**.

a) Justiz

Personelle Situation ist auf Kante genäht

Die personelle Situation in der Justiz ist auf Kante genäht. Laut Richterbund **fehlen 74 Richter in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und 23 Staatsanwälte**.

Was bedeutet das konkret?

- Ein Richter am Amtsgericht erledigt im Jahr etwa **670 Zivilverfahren**.
- Oder durchschnittlich **600 Strafverfahren**.
- Zwischen der Erhebung der Anklage und dem Beginn der Hauptverhandlung vergeht bei Nicht-Haftsachen inzwischen oft mindestens ein Jahr.

Insbesondere die großen **Strafkammern** sind nach wie vor stark überlastet. Die CDU-Fraktion will daher Gerichte und Staatsanwaltschaften stärken: mit **insgesamt 20 Stellen für Richter und Staatsanwälte**.

Bekämpfung der Internetkriminalität hat zu geringen Stellenwert

Nachholbedarf sehen wir auch bei der Bekämpfung der **Internetkriminalität**. Zunehmend verlagern sich ganze Deliktsfelder von der Straße ins Internet: Den Käufern werden etwa Drogen oder Waffen nicht mehr wie früher in dunklen Ecken heimlich zugesteckt. Sie werden im **Darknet** gekauft und dann vom Postboten gebracht.

Hier brauchen die Strafverfolger teilweise ein hohes Spezialwissen. Seit 2014 gibt es bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz die **Landeszentralstelle Cybercrime (LZC)**. Sie hat bislang rund **1.500 Ermittlungsverfahren** bearbeitet.

Die LZC ist mit nur **2,5 Stellen** besetzt. Das ist viel zu wenig. Rheinland-Pfalz liegt auch hier auf dem **letzten Platz** unter allen Ländern, die vergleichbare Stellen eingerichtet haben. Das Land **Bayern** wird beispielsweise seine Zentralstelle bis Herbst 2018 auf insgesamt 31 Stellen ausbauen¹⁴. **Hessen** und **Nordrhein-Westfalen** beschäftigen dafür sechs Staatsanwälte, **Niedersachsen** zehn¹⁵.

Die Landesregierung muss sich entscheiden, ob sie der Internet-Kriminalität weiterhin mit einer kleinen Lösung begegnen will. Wir sind da klar, wir sprechen uns auch für den kommenden Doppelhaushalt für eine **personelle Verstärkung** aus.

Personelle Situation im Strafvollzug

Personelle Verstärkung sehen wir auch im **Strafvollzug** vor. Die Beschäftigten schultern dort erhebliche Mehraufgaben bei der Sicherungsverwahrung. Und auch die **Belegungssituation** in den Haftanstalten ist angespannt. Der Umgang mit Strafgefangenen wird immer schwieriger. Die **Aggressionsbereitschaft** nimmt zu, ebenso psychische Auffälligkeiten bei den Häftlingen. Es gibt eine wachsende Drogenproblematik. **Verständigungsprobleme** in den Haftanstalten nehmen zu.

Und trotzdem: Die Landesregierung will bis zum Jahr 2020 weitere **60 Stellen im Strafvollzug streichen**. Das ist eine **falsche Schwerpunktsetzung** – vier Millionen für eine überflüssige Energieagentur auszugeben, aber relevante Stellen im Strafvollzug kürzen, das ist nicht richtig! Die CDU-Fraktion geht einen anderen Weg, ausgehend zum Bestand sehen wir **zehn Stellen zusätzlich vor**.

Sie, Herr Minister **Mertin**, kümmern sich insgesamt wieder um ein besseres Klima in der Justiz. Aber Sie bewegen sich nur auf Druck – das haben auch diese Haushaltsberatungen gezeigt. Neue Stellen, der teilweise Verzicht auf angekündigte Kürzungen: Das kam erst auf unseren **Druck** hin.

¹⁴ <http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/inhalt/cybercrime-bamberg-zentralstelle-bausack-100.html>

¹⁵ Zahlen vgl. Kleine Anfrage Christian Baldauf Personelle Besetzung der Landeszentralstelle Cybercrime (LZC), Drs. 17/1782

Was wir an Ihnen vermissen, ist Feuer und beherztes Engagement in der Sache. Besonders anschaulich illustriert wird das, wenn man in die aktuelle **Übersicht über die Organisation** der Landesregierung sieht. Sie wurde kürzlich als Landtagsdrucksache veröffentlicht. Ein **Dokument der Vergangenheit**. Dort ist nicht nur jemand als **Generalstaatsanwalt** in Zweibrücken aufgeführt, der bereits seit Ende Dezember 2016 als Abteilungsleiter in Ihrem Haus beschäftigt ist. Dort ist sogar noch Herr Kestel als OLG-Präsident aufgeführt – und das, obwohl der bereits im Mai 2016 in den Ruhestand gegangen ist¹⁶!

b) Polizei

Anrede, wir investieren in die Polizei und den Schutz der Bürger mit unseren Anträgen. Rheinland-Pfalz ist mittlerweile **Schlusslicht bei der Polizeistärke pro Einwohner**. Die Polizeistärke wird in **diesem Jahr um weitere 100 Stellen sinken**.¹⁷ Unverantwortlich - angesichts der 1,7 Millionen Überstunden bei der Polizei.

Die geplanten 500 Neueinstellungen können nicht einmal die Abgänge ausgleichen. Meine Fraktion sieht eine deutliche Aufstockung der Polizeizahlen vor. **Mit unseren Anträgen können wir 100 Polizeianwärter mehr einstellen.**

Gleichzeitig müssen wir zeitnah unsere **Polizisten von Aufgaben entlasten, die eher Verwaltungsaufgaben sind und mit dem eigentlichen Polizeiberuf nichts zu tun haben**. Wir wollen deshalb **weitere 20 Tarifbeschäftigte** einstellen. Die Landesregierung hingegen plant, in den kommenden Jahren 50 Stellen in der Polizeiverwaltung abzubauen. Das ist völlig falsche Weg!

Die Ampelkoalition will außerdem die Stellen bei der **Zentralen Bußgeldstelle** fast verdoppeln. Bei unseren Polizisten wäre das Geld besser aufgehoben!

Mobile Arbeitsplätze - Modernisierung des Einsatzleitsystems

Wir wollen Polizisten im Verwaltungs-Bereich unterstützen. Dafür wollen wir die **Streifenwagen** als **mobile Arbeitsplätze ausstatten**. Warum ist das nötig? Die **Einsatzgebiete** der Polizeidienststellen sind oft sehr groß, die Fahrtwege lang. Büroarbeit kann erst in der jeweiligen Polizeistation oder -wache erledigt werden.

¹⁶ Vgl Drs. 17/2424

¹⁷ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lamert, Drs. 17/2026.

Wenn wir hier die **Streifenwagen** als mobile Dienststellen ausrüsten, wird es für den Beifahrer möglich, schon **unterwegs** zahlreiche Aufgaben zu erledigen. Die Polizei kann damit schon am Einsatzort Vorgänge erfassen und in das System einpflegen.

Für solche mobilen Arbeitsplätze stellen wir 4 Mio. Euro zur Verfügung.

2. Sicherheit als „soziale Sicherheit“

a) Landesprogramm „Starke Familien“

Sicherheit heißt für uns auch **soziale** Sicherheit. Das gilt gerade für Menschen in Not oder in Grenzsituationen ihres Lebens. Hier muss der Bürger wissen, dass er **unterstützt** wird. Bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit, beim Wohnen im Alter, bei der Familienabsicherung in jungen Jahren, bei Gewalterfahrungen. Die Menschen wollen sich in ihren **unterschiedlichen Lebensphasen** auf ihren Staat verlassen können.

Die Lebensform, die wie keine andere unsere sozialen Beziehungen prägt, ist und bleibt die **Familie**. Hier finden wir Geborgenheit, Sicherheit, Rückhalt und Zuversicht. Familien haben **Wertschätzung** verdient, unabhängig von ihrer Entscheidung, wie sie sich Familien- und Erwerbsarbeit aufteilen.

Freiräume für Familienzeit sind wichtig. Der Wert von Arbeit und Leistung darf nicht nur danach bewertet werden, was der Arbeitsmarkt dafür zahlt. Daher schlagen wir das **Landesprogramm Starke Familien** vor, mit insgesamt **22 Mio. Euro**.

Drei Elemente des Programms möchte ich besonders hervorheben:

1. Für uns ist **Familienpolitik mehr als Kita-Politik**. Deshalb wollen wir Eltern vor Ort besser unterstützen und sie auch nach Schließen der Kita nicht alleine lassen. Elterninitiativen, Krabbelgruppen und kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten vor Ort möchten wir stärker fördern.
2. Ein Herzensanliegen sind uns auch die **kinderreichen** Familien. Sie kommen in der öffentlichen Diskussion häufig zu kurz. Mehr als 1/4 der Kinder wächst in kinderreichen Familien auf.

3. Drittens möchten wir einen **Familienatlas** für Rheinland-Pfalz ins Leben rufen, in dem alle Informationen und Angebote für Familien der verschiedenen Träger landeszentral gesammelt und zugänglich gemacht werden. Den Familienatlas möchten wir interaktiv als Internetseite und als **landesweite Familien-App** gestalten.

Unser Ziel: mehr Sicherheit, mehr Unterstützung für Familien!

b) Menschen in Grenzsituationen

Zur sozialen Sicherheit gehört es auch, für Menschen in Grenzsituationen da zu sein. Unserer CDU-Fraktion war dies in den zurückliegenden Haushaltsberatungen immer ein wichtiges Thema. Ich will hier etwa an unseren Einsatz für die **Schwangerenkonfliktberatungen** erinnern. Und auch dieses Mal machen wir eigene Vorschläge, wie wir Menschen in Grenzsituationen besser unterstützen können.

Förderung Special Olympics

Beispielsweise wollen wir den Landesverband der Special Olympics mit zusätzlichen Mitteln unterstützen. Der Verband ist die **Sportorganisation** für Menschen mit geistiger und mehrfacher **Behinderung**. Er leistet eine sehr wertvolle Arbeit.

Der Verband hat während der Haushaltsberatungen um eine leichte Aufstockung der für ihn vorgesehenen Haushaltsmittel gebeten. Die Mittel sollen dafür genutzt werden, die **Geschäftsstelle** des Verbandes dauerhaft mit einer weiteren Vollzeitstelle zu unterstützen. Die aktuellen Aufgaben des Verbandes können ansonsten nicht mehr geschultert werden. Es geht um **jährlich weitere 25.000 Euro**. Das halten wir für absolut unterstützenswert. Wir haben hierzu daher einen Haushaltsantrag eingebracht. Nichts dazu von SPD, FDP und Grüne - gleichzeitig haben Sie aber Geld für eine **Studie**, die feststellt, was wir schon alle vorher wussten: Die Wirtschaft braucht mehr **Digitalisierung**. Diese Erkenntnis war Ihnen im Wirtschaftsministerium **137.000 €** wert ¹⁸ - aber 25.000 Euro für Behindertensportler haben Sie nicht. Ist das Ihre soziale Gerechtigkeit?

¹⁸ Rhein-Zeitung v. 17.3.2017.

SOLWODI

Mehr Unterstützung verdient auch die Menschenrechtsorganisation SOLWODI, gegründet von Schwester Lea Ackermann aus Boppard. Sie leistet seit vielen Jahren einen **wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Frauen in Not und zur Bekämpfung der Zwangsprostitution**. Vielen Frauen und jungen Mädchen konnte durch die engagierte Arbeit von SOLWODI geholfen werden. Was Schwester Lea Ackermann und ihre Mitstreiterinnen dort auf die Beine gestellt haben – das ist beeindruckend!

Es ist der Verdienst von Schwester Lea, dass die Organisation in den vergangenen Jahren **immer stärker gewachsen** ist. Mittlerweile gibt es 18 Beratungsstellen, dazu Schutzwohnungen - auch in Ludwigshafen, Koblenz oder Mainz. Wie jede ehrenamtliche Organisation braucht auch SOLWODI Spenden und staatliche Unterstützung.

Leider sind die Haushaltsmittel, die für SOLWODI vorgesehen sind, im Vergleich zum Vorjahr im Haushaltsentwurf der Landesregierung **nicht angehoben worden**.

Und ich muss sagen, ich habe mich schon gewundert. Am 15. Februar hatte Solwodi uns alle zum **Parlamentarischen Abend** eingeladen. Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben eine Festrede gehalten. Wir haben noch Ihre Worte im Ohr, mit denen Sie betont haben, wie wichtig SOLWODI sei. Und dass Sie diese wichtige Arbeit natürlich unterstützen werden. Mit eben diesen Worten im Ohr haben wir gleich am Folgetag das Gespräch mit den Regierungsfractionen gesucht - Herr Brandl hat Herrn Haller gefragt, ob wir ein gemeinsames Deckblatt einbringen. Es ging um gerade einmal 50.000 Euro mehr. Leider abgelehnt. Gestern habe ich Sie noch einmal darauf angesprochen, Herr Kollege Schweitzer.

Mit Worten bekennen Sie sich zwar zu SOLWODI, jetzt auch wieder in Ihrem Haushaltsbegleitantrag. **Mit warmen Worten allein lässt sich aber keine Hilfe leisten**. Sie setzen nebenbei den Etat für Beraterhonorare am Hahn um weitere 2 Millionen Euro hoch. Aber 50.000 Euro mehr für die Hilfe von Frauen in Not sind nicht möglich. Ist das die soziale Gerechtigkeit der SPD?

Niemand, der noch nicht Opfer einer solchen Straftat geworden ist, kann wirklich nachvollziehen, wie sich eine Frau in einer solchen Situation fühlt. Man kann hier mit so wenig Geld so viel **Unterstützung** leisten. Lassen Sie uns das zusammen erreichen.

Schulungen in Pflegeeinrichtungen

Anrede, wir wollen mit unseren Haushaltsanträgen auch etwas für Menschen im Alter, mit **Pflegebedarf** und Behinderungen erreichen.

Sicherheit im Alter bedeutet auch, das Leben so lange selbstbestimmt führen zu können, wie das möglich ist. Und auch dann noch, wenn man in einer Pflegeeinrichtung wohnt, weil man auf Unterstützung angewiesen ist.

Die **Bewohnergremien** bieten wichtige Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Bewohner können dort ihre Interessen gegenüber der Heimleitung vertreten. Sie müssen aber auch wissen wie, das kann man in entsprechenden Schulungen vermitteln.

Für solche Schulungen gibt es aber **zu wenig Angebote** in Rheinland-Pfalz. Die vorhandenen Kurse sind zu groß. Und sie sind nicht individuell genug. Sie werden auch der Vielzahl und der Bedeutung der Bewohnervertretungen nicht gerecht. Wir denken: Dieses Schulungsprogramm muss ausgeweitet und neu ausgestaltet werden. Mit uns gibt es eine **Schulungsoffensive**. Für mehr Selbstbestimmung im Alter.

3. Zuversicht

Wir wollen mit unseren Haushaltsanträgen nicht nur Sicherheit, sondern auch Zuversicht vermitteln, Mut machen für das, was kommt. **Um zuversichtlich in die Zukunft schauen zu können, dazu braucht es**

- eine gute Bildung,
- eine starke Wirtschaft
- und eine moderne Infrastruktur.

a) Zuversicht durch gute Bildung: Wir stärken die Bildung durch unsere „Unterrichtsgarantie 100Plus“

Gute Bildung ist das **Rüstzeug** für eine gute Zukunft, und das gibt Zuversicht. Gute Bildung - das bedeutet hohes **Niveau**, das bedeutet Qualität. Gute Bildung - sie hat die Landesregierung seit Jahren **vernachlässigt**.

Die Schularten mit den schwierigsten pädagogischen Aufgaben sind die **Realschulen** plus und die berufsbildenden Schulen. Ausgerechnet hier streichen Sie hier **160 Lehrerstellen**.

Gleichzeitig eröffnen Sie an 17 **Gesamtschulen** weitere Oberstufen, die nun schrittweise die bereits bestehenden Oberstufenangebote der berufsbildenden Schulen verdrängen. Das ist Ideologie und alles andere als eine sinnvolle Haushaltspolitik.

Schauen wir auf die **Grundschulen**. Wir stehen für den **Erhalt kleiner Grundschulstandorte**. Denn die Schule gehört zum Herz des Dorfes. Wir müssen daher überlegen, wie wir langfristige Organisationsformen sichern. Und nicht, wo wir kurzfristig einige **Grundschulen** schließen. Da macht es sich die Landesregierung zu leicht.

Schulqualität und **Unterrichtsversorgung** sind eng miteinander verknüpft. Wer die rechtlich definierte Qualität der Schulbildung erreichen will, muss eine **hundertprozentige Unterrichtsversorgung** gewährleisten und nicht schon mit Ausfall planen. Deshalb sehen wir **550 zusätzliche Lehrer** vor.

Zu den Hochschulen, Stichwort **Studierendenwerke**: Trotz steigender Studentenzahlen haben Sie über die Jahre hinweg fast eine halbe Millionen gestrichen.

Im Land der so genannten kostenfreien Bildung zahlen die Studenten Sozialbeiträge, die **bundesweit mit an der Spitze liegen**. Ist das Ihre soziale Gerechtigkeit? **Wir hingegen haben die Mittel für die Studierendenwerke wieder auf 6 Mio. Euro erhöht**. Das gibt Sicherheit, das gibt Zuversicht!

b) Zuversicht durch eine starke Wirtschaft

Ein Land mit hohen Löhnen, sicheren Arbeitsplätzen und umweltschonender Produktion kann Rheinland-Pfalz nur sein mit einer Wirtschaft aus **starken Unternehmen** mit Produkten auf dem Stand des Wissens und der Technik. Dazu kann und muss die Wirtschaftspolitik unseres Landes ihren unterstützenden Beitrag leisten.

Geld zur Förderung der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz steht genug zur Verfügung – von der **Europäischen Union**, vom **Bund** und aus den Möglichkeiten der **Investitions- und Strukturbank**. Doch die Förderung ist in unzählige, kaum durchschaubare Detailprogramme zersplittert. Hier müssen wir **Schwerpunkte** bilden.

Dazu zwei Vorschläge:

1. Eine moderne Wirtschaft braucht junge Unternehmer - um Betriebe zu übernehmen oder neue Firmen zu **gründen**. Wir müssen junge Männer und Frauen ermutigen und befähigen, den Sprung in Selbständigkeit und die unternehmerische Verantwortung zu wagen. Dazu brauchen wir verlässliche Angebote und Strukturen, von der Berufsbildung bis zu den Hochschulen. Aus Forschung und Entwicklung an den Hochschulen müssen mehr neue Unternehmen entstehen.
2. Mittelständische Unternehmen brauchen eine unbürokratische Förderung von Innovationen. Dazu schlagen wir den **Innovationsgutschein** vor. Mit ihm gibt es Förderung grundsätzlich ohne thematische Einschränkung auf bestimmte Technologien, Branchen oder Produkte. Der Staat soll Wege freimachen und Hindernisse wegräumen, aber nicht unternehmerische Entscheidungen lenken und leiten. Das geht nämlich meistens schief.

c) **Zuversicht durch eine gute Infrastruktur**

Wo keine funktionierenden Verkehrswege sind, erlahmt die Wirtschaft. **Straßen** und Brücken müssen regelmäßig instand gehalten und ausgebaut werden - damit die Menschen zügig zu ihren **Arbeitsplätzen** kommen, die Dienstleistungen zu ihren Kunden und die Waren in die Regale.

Im Sommer 2015 stellte der Landesrechnungshof fest: Mehr als die Hälfte des rheinland-pfälzischen Landes-Straßennetzes befindet sich in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand. Der **Investitionsbedarf: 1 Milliarde Euro**.¹⁹

In den nächsten fünf Jahren (ab 2015 gerechnet) müssen jährlich 400 km Landesstraßen instandgesetzt oder erneuert werden, um den Straßenzustand von 2012 zumindest zu erhalten. **Der Finanzierungsbedarf hierfür: jährlich 89 Mio. Euro.**

Was aber stellt die Landesregierung ein? **88 Mio. Euro:** Das reicht noch nicht einmal, um das zu erhalten, was da ist. Über Neubau müssen wir gar nicht erst reden. Versprochen wurden 100 Mio. Euro, an Versprechen sollte man sich messen lassen!

¹⁹ Pressemitteilung des Landesrechnungshofes v. 25.8.2015, abrufbar unter <http://www.rechnungshof-rlp.de/icc/internet/med/ec3/ec330e14-fe67-5f41-b4e0-2f23040d17ef,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf>

Unser Verkehrsetat:

Wir als CDU-Landtagsfraktion wollen den **Investitionsstau** Schritt für Schritt abbauen. Unser Konzept sieht vor:

- **9 Mio. Euro** mehr in diesem Jahr
- **18 Mio. Euro** im nächsten Jahr.

Die erhöhten Mittel müssen auch verbaut werden. Deshalb erhöhen wir die Mittel für externe **Ingenieurleistungen** um jährlich 2 Mio. Euro.²⁰ Mehr Ingenieurleistung brauchen wir auch, um die **Mittel abzurufen** und zu verbauen, die der Bund für Rheinland-Pfalz bereit stellt. Nicht noch einmal können wir es uns leisten, auf 40 Millionen Euro einfach so zu verzichten.

Den **kommunalen Straßen** geht es **ähnlich schlecht wie den Landesstraßen**. Wir **stocken deshalb auf**: in diesem Jahr 4,5 Mio. Euro, im nächsten 9 Mio. Euro²¹.

d) **Zuversicht durch gute Integration und konsequente Rückführungspolitik**

Zusammenleben braucht Spielregeln, die für alle gelten. Integration passiert und nicht von selbst, sie muss geplant und gelebt werden.

Unser Vorschlag für ein **Integrationspflichtgesetz** wurde nun im Bund umgesetzt. Das Prinzip „**fördern und fordern**“ muss auch Leitlinie der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik werden. Da geht es nicht primär nur um Geld, sondern um eine klare Haltung und Vorstellung von dem, was werden soll. Klar ist: Der Integrationserfolg hängt entscheidend von der **Rolle der Frau ab**. **Gleichberechtigung** von Migrantinnen, die aus patriarchalisch geprägten Familien kommen, ist uns wichtiger als der Kampf um gendergerechte Sprache.

²⁰ Summe Erhalt, Um-, Aus-, Neubau von Landesstraßen inklusive Planungskosten 2017: 132.512.500 Mio. €

Summe Erhalt, Um-, Aus-, Neubau von Landesstraßen inklusive Planungskosten 2018: 141.390.700 Mio. €

²¹ Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrseinrichtungen 2017: 49.440.000 €

Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrseinrichtungen 2018: 53.940.000 €

Um die **Akzeptanz** von Asylanten in unserer Gesellschaft aufrecht zu erhalten, ist es wichtig, dass wir unser selbst gesetztes **Recht** auch anwenden - und die, die nicht bleiben dürfen, konsequent zurück schicken.

Wer aber die Einstufung der **Maghreb**-Staaten als sichere Herkunftsländer im Bundesrat blockiert, der handelt gegen die Interessen des Landes. Die **Rückführungen laufen in Rheinland-Pfalz zu schleppend**. Die Kommunen können das nicht leisten, schon gar nicht gegen den Willen der eigenen Landesregierung.

Und dann werden ihnen noch zusätzlich Steine in den Weg gelegt: In der **Härtefallkommission** werden Rückführungsverfahren gestoppt, vornehmlich aus EU-Beitrittsländern des Westbalkans, die bereits durch das BAMF und vielfach auch durch Gerichtsurteile bestätigt sind.

Die **kommunalen Spitzenverbände sind hiervon so frustriert. Aus Protest lassen sie ihre Mitarbeit in der Kommission ruhen**. Verantwortlich dafür ist die Landesregierung. Die Landesregierung hat ein Ministerium geschaffen, das formal für Rückführungen zuständig ist. Das gleiche Ministerium ist aber darum bemüht, für jeden aussichtslosen Fall noch einen Bleibestatus zu erhalten. Mit dieser bundesweit fast einmaligen Praxis muss endlich Schluss sein. Denn unsere Bürger wollen, dass es gerecht zugeht im Land.

IV. Schluss

Wir hören derzeit viel über **soziale Gerechtigkeit**. Die **SPD gibt sich als ihr Hüter aus**. Was die Bürger im Land aber unter einer **SPD-geführten Landesregierung erfahren, ist anderes:**

- **Die Handwerker am Nürburgring** warten noch immer auf ihr Geld. Die SPD-geführte Landesregierung hat sie auf ihren Kosten sitzen lassen, rheinland-pfälzische Existenzen sind bedroht durch rheinland-pfälzisches Regierungshandeln. Ist das sozial gerecht?
- **Das Land streicht drastisch die Mittel für die Stipendienstiftung des Landes**. Wie der Presse zu entnehmen war, wird die Stiftung deshalb zukünftig keine Promotionsstipendien mehr für Nachwuchsforscher anbieten können. Wen trifft das? Doch diejenigen, die finanziell auf solche Programme angewiesen sind, um ihr Studium bzw. ihre Promotion finanzieren zu können? Ist das sozial gerecht?
- **Polizisten, die für uns auf der Straße den Kopf hinhalten, die werden von der Regierung hingehalten**. Das ist die hart arbeitende Mitte, die nicht verstehen kann, wie Hahn-Berater Millionen kassieren, sie selbst aber Jahrzehnte auf Beförderungen warten müssen.

Zu einem ganz konkreten Fall, den ich diese Woche erfahren habe. Da geht es um einen Polizeibeamten, 60 Jahre alt. Einen Mann, der sein **ganzes Berufsleben** für dieses Land gearbeitet hat, im Dienste der Sicherheit! Dieser Polizist wurde seit 1984 nicht mehr befördert.

Der Polizist, von dem ich rede, ist noch freiwillig in den Bereitschaftsdienst eingebunden, obwohl er nach seinen Angaben seit dem 58. Lebensjahr dazu nicht mehr verpflichtet wäre. Aber weil die Personaldecke so dünn ist, hat sich dieser Polizist bereit erklärt zu helfen. Und **das alles ohne Anerkennung!**

Ist es das, was die SPD unter **sozialer Gerechtigkeit** versteht? 30 Jahre keine Beförderung. Da wird doch die Lebens- und Berufsleistung in keiner Weise anerkannt.

Noch schlimmer ist: Dieser Beamte würde gerne seine **Dienstzeit verlängern**, was ursprünglich zugesagt war. Er hat entsprechend geplant, weil sein Kind noch im Studium ist. Von dieser Zusage ist das Land abgerückt. Sieht so Planungssicherheit aus? Ist das sozial gerecht? Nein, und deshalb sehen wir ein anderes Konzept vor.

Liebe Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, wir danken Ihnen für Ihre Arbeit, Ihren täglichen Einsatz, Ihre Steuern, die Sie zahlen. Sie haben ein Recht auf Sicherheit und Zuversicht. Wir Christdemokraten zeigen, wie **nachhaltige Haushaltspolitik** geht.